

## FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 21.11.2016

### » HEUTE GEMEINSAM FÜR EIN GUTES MORGEN – DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL GESTALTEN!



Die deutsche Bevölkerungspyramide steht Kopf: während die Zahl der älteren Menschen stetig wächst, schrumpft am Boden der Pyramide die Zahl der Kinder und Jugendlichen. Dass Deutschlands Bevölkerung derzeit trotzdem wächst, liegt daran, dass wir länger leben, und an den Menschen, die in unser Land einwandern. Viele möchten dauerhaft mit ihren Kindern hier leben und bereichern damit unsere Gesellschaft. Der demografische Wandel führt zu tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und ist voller Gegensätze. Familien werden bunter, Lebensverläufe vielfältiger. In vielen Städten wachsen Kinder aus verschiedensten Kulturkreisen gemeinsam auf und feiern immer häufiger nicht nur das Weihnachts- sondern auch das Zuckerfest gemeinsam. In manchen ländlichen Regionen hingegen treffen Kinder Gleichaltrige nur noch in der Schule der nächsten Stadt und nicht mehr vor der Tür im Dorf. Unsere Gesellschaft steuert auf einen Fachkräftemangel zu. Gleichzeitig werden die Stimmen derer lauter, die mehr Selbstbestimmung über die eigene Zeit einfordern, um die Erwerbsarbeit besser mit Zeiten für Familie, FreundInnen, Engagement oder einfach sich selbst, in Einklang zu bringen.

Wir Grüne im Bundestag wollen Zukunft gestalten. Der demografische Wandel bietet durch seinen Veränderungsdruck zahlreiche Chancen bei der Suche nach neuen Lösungen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Er ist Motor für vielfältige Reformen und für Erneuerung. Diese **Energie der Erneuerung** wollen wir nutzen, um allen Generationen ein gutes Leben und Gestaltungsfreiheit zu ermöglichen. Damit unsere Gesellschaft zusammenhält, brauchen wir Gerechtigkeit und einen lebendigen Austausch zwischen den Generationen. **Generationengerechtigkeit** setzt auf die Verantwortlichkeit der älteren gegenüber der jüngeren Generation und auf Solidarität zwischen Jung und Alt. Generationengerechtigkeit heißt aber auch, denjenigen, die heute noch gar nicht geboren sind, ein Land mit Gestaltungsmöglichkeiten und Zukunftschancen zu hinterlassen. „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ Das galt bei Gründung der Grünen und leitet uns noch heute.

Um allen Generationen gerecht zu werden, nehmen wir ihre jeweiligen Bedarfe spezifisch in den Blick. So wollen wir beispielsweise:

- » den Jungen eine Stimme geben, indem wir Beteiligung fördern und das Wahlalter absenken
- » die Rush Hour des Lebens entzerren
- » Neustarts nicht vom Alter abhängig machen und lebenslanges Lernen fördern
- » ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit ermöglichen

Der demografische Wandel verlangt Politik mit Weitsicht. Es heißt, immer wieder aufs Neue zu überprüfen, welche Folgen Politik von heute für die Gesellschaft von morgen hat und welche Aufgaben sich daraus für die Politik schon heute ableiten. Damit dies nachhaltig gelingt, braucht es eine oder einen **Demografiebeauftragte/n im Bundeskanzleramt**. Die Bundesregierung beweist, dass die ressortübergreifende Steuerung der Demografiestrategie aus dem Bundesinnenministerium heraus nicht gelingt. Wir wollen, dass diese durch eine/n Demografiebeauftragten vom Bundeskanzleramt aus koordiniert und nicht zwischen den Fachministerien zerrieben wird.

#### 1. GUT AUFWACHSEN – KINDER UND JUGENDLICHE

Kinder und Jugendliche werden weniger. Die grüne Bundestagsfraktion möchte, dass sie trotzdem gehört werden und sorgt dafür, dass sie bei Zukunftsentscheidungen mehr mitsprechen und

mitentscheiden. Sie sind genauso wie Erwachsene von Planungen und Bauvorhaben betroffen und haben ein Recht darauf, ihre Umgebung mitgestalten zu können. Ob Stadt oder Land – Kinder und Jugendliche brauchen eigene Orte. Während es auf dem Land mehr Platz gibt, sind dort zielgerichtete Angebote (Kindertheater, Lesungen, Jugendzentren) häufig rar. Diese finden sich eher in Städten, wo wiederum Plätze für selbständiges Spiel knappes Gut sind. So hat jeder Ort seine eigenen Vorzüge, Stärken und Schwächen. Gerade in dünn besiedelten Regionen spielt Schule eine besondere Rolle: Sie ist häufig der einzige Ort, an dem Kinder und Jugendliche Gleichaltrige treffen. Hier hat die Ganztagschule das Potenzial, mehr zu sein als ein reiner Lernort. Schulen können Brücken bauen zu Angeboten kultureller Bildung, zu Sportvereinen oder zu zivilgesellschaftlichen Gruppen und die Schulräume für deren Angebote öffnen. Diesen Vorteil können Gemeinden gezielt nutzen.

Teil der demografischen Entwicklung ist auch, dass es immer mehr Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund gibt. Viele Kinder und Jugendlichen wachsen in einem Umfeld auf, das sprachlich, kulturell, ethnisch und religiös vielfältig ist. Kinder leben bei uns sehr unterschiedlich. Sie haben alle die gleichen Rechte, kommen aber nicht alle gleichermaßen zu ihrem Recht. Die Chancen von Kindern und Jugendlichen sind ungerecht verteilt: Wie in kaum einem anderen Land hängt bei uns der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft der Eltern ab. Das wollen wir ändern und in die Zukunft investieren: in Chancengerechtigkeit, in einen inklusiven Bildungsaufbruch und in gute öffentliche Einrichtungen. Wir wollen jedes Kind bestmöglich fördern und echte Aufstiegschancen für alle ermöglichen. Kinderarmut soll mit einer existenzsichernden Kinderförderung effektiv bekämpft werden und damit endlich der Vergangenheit angehören.

Die demografische Entwicklung stellt auch die berufliche Bildung vor neue Herausforderungen. Weniger Geburten, regionale Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung und die seit den 1980er Jahren kontinuierlich sinkende Ausbildungsbeteiligung von Unternehmen haben dazu geführt, dass zahlreiche Betriebe zu wenig Nachwuchskräfte finden. Paradoxerweise haben trotz Nachwuchsmangel rund 260.000 jungen Menschen 2014 keinen Ausbildungsplatz gefunden, stattdessen sind in Warteschleifen des „Übergangssystems“ gelandet. Alle Jugendlichen brauchen Chancen auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung – auch um den Fachkräftenachwuchs zu sichern.

### **Ziel der grünen Bundestagsfraktion ist es:**

- » die **Rechte von Kindern im Grundgesetz** zu verankern. Das stärkt die Bedeutung und die Eigenständigkeit ihrer Rechte. Kinder- und Jugendbeteiligung soll an allen Orten des Aufwachsens möglich sein und in Verwaltungsstrukturen verankert werden. Wir wollen das **Wahlalter auf 16 Jahre senken, Beschwerdemöglichkeiten und Ombudschaften stärken**. Mit einem **Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung** soll politische Bildung in Kitas und Schulen ausgebaut werden. Außerdem soll eine Informationskampagne über Kinderrechte und Beschwerdemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen initiiert und Programme entwickelt werden, die gezielt sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ansprechen und sie zur Mitwirkung motivieren.
- » Durch **qualitativ hochwertige Kindertageseinrichtungen** einen Grundstein für den weiteren Bildungserfolg und die soziale Teilhabe von Kindern zu legen: Der Ausbau und die Verbesserung von Kitas sind Schlüssel zu gerechten Bildungschancen von Kindern und zur Integration. Weniger Kinder auf dem Land müssen nicht automatisch dazu führen, dass Kitas geschlossen werden. Vielmehr wächst daraus die Chance, bestehende Einrichtungen zu Familienzentren weiterzuentwickeln: Dort können Erziehungshilfe, Beratung und Elternbildung an einem Ort angeboten werden.

- » **Schulen** zu Orten der Vielfalt und Demokratie zu machen<sup>1</sup>. Schulen sollen offene Orte sein, an denen Rassismus keinen Platz hat. Fachkräfte müssen unterstützt werden, um SchülerInnen zu befähigen, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, Menschenwürde zu achten, jede Form von Radikalisierung und Extremismus zu bekämpfen und religiöse Unterschiede zu respektieren. Wir wollen Ganztagschulen mit längerem gemeinsamem Lernen fördern und unterstützen die Kommunen dafür in den kommenden Jahren mit jährlich zwei Milliarden Euro zum Ausbau des Angebots. Wir wollen inklusive Schulen, in denen alle Kinder wertgeschätzt werden und in die sie gerne gehen. Sie sollen Mitmach-Schulen sein. Das schließt auch die Eltern ein: egal wieviel Geld sie verdienen, woher sie kommen, welche Sprachen sie sprechen oder wen sie lieben. Eltern sollen sich mit ihrer kulturellen Vielfalt einbringen können und auf der anderen Seite Elternberatung angeboten bekommen.
- » Allen Jugendlichen eine gute Berufsausbildung zu garantieren und in der Berufswahl besser zu informieren und zu unterstützen: Jeder junge Mensch soll direkt nach der Schule eine Ausbildung beginnen können. Das ist unsere Vision für die berufliche Bildung, die mit der Grünen **Ausbildungsgarantie** Wirklichkeit werden kann<sup>2</sup>.
- » Kindern und Jugendlichen in der Stadt mehr **Platz zum Spielen** und zum Treffen zu bieten: Sie brauchen Grünflächen in der zugepflasterten Stadt, die sich als „wilde“ Spielräume für Kinder und Jugendliche eignen. Auch der ländliche Raum soll Kindern und Jugendlichen Kultur bieten: Sei es durch mobile Angebote die von Dorf zu Dorf touren oder durch einen funktionierenden ÖPNV, der Kinder und Jugendliche mobil macht. Jugendkulturzentren und Jugendkulturringe müssen durch die Soziokultur-Förderung erhalten bleiben und gestärkt werden. Für den Anschluss ins digitale Leben und schnelles Internet fordern wir Investitionen in eine flächendeckende Breitbandversorgung<sup>3</sup>.
- » Kindern und Jugendlichen freie Zeit, freie Orte und **Freiräume** für das Denken und Handeln zu geben. Nur wer Freiheit fühlt, kann Freiheit gestalten. Wer in der Kindheit ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern kann, geht als Erwachsener sicherer durchs Leben. Wer für sich selbst einstehen kann, kann auch für andere einstehen. Wir wollen Nischen und Freiräume außerhalb der Schule stärken: Kinder und Jugendliche brauchen unverplante Zeiten und Freiräume fern vom Unterricht, in denen sie selbstbestimmt und ohne wachsame LehrerInnenaugen Erfahrungen sammeln können.
- » allen Kindern und Jugendlichen zu garantieren, dass sie gut aufwachsen können – unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. Infrastruktur und Geldleistungen müssen deshalb klug kombiniert werden. Kinder sollen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Wir wollen Kinderarmut durch eine echte Existenzsicherung für Kinder beenden, die ihre tatsächlichen Bedarfe deckt und insbesondere auch Alleinerziehende stärkt. Kinder in Familien mit niedrigem Einkommen und Alleinerziehende erhalten daher künftig eine gezielte, bedarfsdeckende Unterstützung – einen KindergeldBonus. Wir wollen außerdem die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern beenden und alle Kinder gleich gut unterstützen und Familien entlasten. Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsatz werden zu einer unbürokratischen Leistung zusammengeführt – der Kindergrundsicherung. Für echte Teilhabe von Kindern braucht es darüber hinaus eine Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes. Derzeit verhindern Antragshürden, Unwissenheit, Sprachprobleme und Scham, dass die Kinder bekommen, was sie brauchen und ihnen zusteht. Die Leistung kommt bei den Kindern nicht an. Deshalb muss die Höhe des Bildungs- und Teilhabepaketes den tatsächlichen Bedarfen entsprechend angehoben werden und zum einen

---

<sup>1</sup> siehe auch: Drucksache 18/7049: Antrag „Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft“

<sup>2</sup> siehe auch: Fraktionsbeschluss vom 31.05.2016 „Die Grüne Ausbildungsgarantie“

<sup>3</sup> siehe auch: Fraktionsbeschluss vom 05.09.2016: „Lebendige Regionen statt Öde Orte. Grüne Eckpunkte für Lebenswerte Regionen“

Teil in eine verbesserte Infrastruktur wie Kindertagesstätten und Schulen fließen und zum anderen Teil über den Regelsatz gewährt werden.

- » ein **gesundes Aufwachsen** ermöglichen. Die soziale Herkunft darf nicht über Bildungserfolg, Gesundheit und Perspektiven im Leben entscheiden. Bei etwa jedem fünften Kind oder Jugendlichen, insbesondere aus Familien in schwierigen Lebenssituationen, treten deutliche Gesundheitsprobleme und -risiken auf. Wir wollen die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen stärker als bisher in den Fokus unseres politischen Handelns rücken. Damit sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit abgebaut wird und Kinder und Jugendliche bessere Startchancen haben, sollte die Gesundheitsförderung eng mit der Jugendhilfe kooperieren. So können Kinder und Jugendliche in persönlichen Umbruchsphasen (sei es der Wechsel der Schule, die Trennung von Eltern oder Krankheit) besser begleitet und unterstützt werden.

## 2. GENERATION MITTE – ARBEITEN UND LEBEN IM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Weniger Menschen müssen mehr erwirtschaften, um den gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Der demografische Wandel und der dadurch entstehende Fachkräftemangel werden vermutlich zu einer weiteren Verschärfung von Zeitknappheit führen. Dabei passiert in der Mitte des Lebens bereits jetzt besonders viel: die Suche nach dem richtigen Platz im Berufsleben, eine eigene Familie gründen oder die Pflege für Eltern organisieren. Auch Weiterbildung wird in einer sich schnell verändernden Welt immer wichtiger. Nicht wenige fühlen sich in der mittleren Lebensphase gehetzt und würden ihre Arbeitszeit gern etwas reduzieren. Andere – insbesondere Mütter – möchten gern (mehr) arbeiten. Verbreitet sind aber starre Arbeitszeitmodelle, die den individuellen Bedürfnissen nur unzureichend gerecht werden. Zudem stehen einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach wie vor noch zu hohe Hürden im Weg.

Der aktuelle Wohlstand beruht unter anderem darauf, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre gerade im Zenit ihrer Arbeitskarriere stehen. Ihr Übergang in die Rente steht nun bevor: Von 2020 bis 2035 wird es zu einer gravierenden Verschiebung des Verhältnisses zwischen Erwerbsfähigen und RuheständlerInnen kommen. Die Folge: Wir werden anders arbeiten, anders zusammenleben, anders mobil sein.

Bereits jetzt fehlen in etlichen Branchen die Fachkräfte. Um den Fachkräftemangel zu bewältigen müssen Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen. Dabei genügt es nicht, nur auf ein einzelnes Instrument oder eine einzelne Gruppe zu setzen. Wir brauchen alle: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderungen, Einheimische und Eingewanderte.

### **Ziel der grünen Bundestagsfraktion ist es:**

- » **neue Arbeitszeitmodelle** für Männer und Frauen zu schaffen, z.B. durch flexible Vollzeitstellen. Danach können Beschäftigte leichter ihre Arbeitszeit bedarfsgerecht innerhalb eines Korridors von 30–40 Stunden nach oben oder nach unten anpassen. Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden. Damit ist es weniger riskant, die Arbeitszeit zu reduzieren. Wenn Frauen in größerem Umfang erwerbstätig sind und Männer ihre Arbeitszeit phasenweise reduzieren können, hat das darüber hinaus wichtige Effekte: Die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern wird allmählich abgebaut, die Chancen für den beruflichen Aufstieg auch von Müttern steigen und Frauen sind im Alter besser finanziell abgesichert. Wir wollen auch, dass Beschäftigte die Möglichkeit erhalten, die Lage und den Ort ihrer Arbeit mitzubestimmen, wenn dem keine betrieblichen Gründe entgegenstehen. Das kann Beginn, Ende und die Verteilung der Arbeit über den Tag, die Woche oder den Monat umfassen. Ergänzend zum Büroarbeitsplatz sollen Beschäftigte dann wahlweise im Homeoffice arbeiten können.
- » die individuelle Vorsorge für das Alter zu verbessern, Weiterbildungen zu ermöglichen und Männer und Frauen dabei zu unterstützen, sich Erwerbsarbeit und Sorgearbeiten partnerschaftlich zu teilen. Unser Konzept der KinderZeitPlus erleichtert Müttern und Vätern, die Arbeit im Haushalt und die Kindererziehung genauso wie die Erwerbsarbeit fair und nach ihren Wünschen untereinander aufzuteilen. Die KinderZeitPlus

kann deutlich länger und flexibler als das bisherige Elterngeld in Anspruch genommen werden. Jedes Elternteil erhält acht Monate Unterstützung. Weitere acht Monate können sie frei untereinander aufteilen. Im ersten Lebensjahr des Kindes können beide – nacheinander oder gleichzeitig – vollständig aus dem Beruf aussteigen. Danach federt die KinderZeit Plus eine reduzierte Arbeitszeit finanziell ab. Damit unterstützen wir eine vollzeitnahe Teilzeit beider Eltern nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes. Das ist Teil **Grüner Arbeits- und Familienzeitpolitik**<sup>4</sup>.

- » die Rahmenbedingungen für Familien zu verbessern: Wir wollen Kinderbetreuung sowie Ganztagschulen quantitativ wie qualitativ ausbauen. Frauen sollen sich eine **eigenständige Existenzsicherung** aufbauen und sich beruflich so verwirklichen können, wie sie es wünschen. Das Ehegattensplitting steht diesen Zielen im Weg und fördert die Alleinverdiener-Ehe. Bei Scheidung oder Tod des Partners rutschen so vor allem Frauen in die Armutsfalle. Deshalb soll das **Ehegattensplitting abgeschafft** werden. Zu einem bestimmten Stichtag soll es für alle neu geschlossenen Ehen nicht mehr gelten und durch eine individuelle Besteuerung mit gezielter Förderung von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden ersetzt werden. Damit es sich lohnt, mehr als nur geringfügig, in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen zu arbeiten, wollen wir den gesamten Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung zurückdrängen, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln, eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung und berufliche Wiedereinstiegshilfen einführen. Weniger Abhängigkeiten und mehr Selbstbestimmung für alle ermöglichen wir durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit.
- » Einwanderung mit einem modernen **Einwanderungsgesetz** zu gestalten. Das geltende deutsche Einwanderungsrecht ist kompliziert, bürokratisch und nicht darauf eingestellt, zur Abmilderung des Fachkräftemangels beizutragen. Trotz aller rechtlichen Änderungen in den letzten Jahren zieht Deutschland nach wie vor zu wenige Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland. Wir wollen daher das traditionell nachfrageorientierte Arbeitsmigrationsrecht durch eine angebotsorientiertes Einwanderungsportal ergänzen und ein Punktesystem einführen: Gut qualifizierte Fachkräfte sollen so die Chance zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland erhalten. Bildungsmigration soll zu einem echten migrationspolitischen Schwerpunkt ausgebaut, das neue deutsche Einwanderungsrecht sinnvoll in das europäische Recht eingebettet und entwicklungspolitisch nachhaltig ausgestaltet werden<sup>5</sup>.

### 3. AUF DEM SPRUNG – NEUE CHANCEN FÜR DIE GENERATION 50+

50 ist das neue 40 und wer heute 60 ist, fühlt sich längst nicht alt. So empfinden es viele Menschen. Alt sein hat sich verändert. Die meisten Menschen sind im Durchschnitt deutlich länger fit und gesund. Für die Generation 50+ hat das Leben deutlich an Qualität gewonnen. Es bietet ihnen mehr Chancen. Jahrzehntlang wurden ältere Beschäftigte innerbetrieblich aufs Abstellgleis verschoben, bei Neueinstellungen diskriminiert und durch eine Frühverrentungspraxis aus dem Arbeitsleben gedrängt. Die grüne Bundestagsfraktion möchte stattdessen gleichberechtigte Beschäftigte, egal wie alt sie sind. Wenn die Gesundheit mitspielt, bedeutet ein längeres Erwerbsleben mit flexiblen Übergängen in den Ruhestand für viele eine Chance auf ein erfüllteres Leben. Bei Neueinstellungen darf das Alter in Zukunft keine Rolle mehr spielen. Auch Unternehmen profitieren: Die Arbeitskraft und die Kompetenzen Älterer sind unverzichtbar. Jedes moderne Unternehmen, das auf Vielfalt setzt, kommt nicht ohne einen guten Alters-Mix aus. Um jedoch bis zum Ruhestand gesund und zufrieden arbeiten zu können, muss Arbeiten von Anfang an alters- und altersgerecht gestaltet sein. Nicht nur für ältere Beschäftigte, sondern auch für die Jüngeren geht es darum, nach der Ausbildung ein Erwerbsleben

---

<sup>4</sup> siehe auch: Fraktionsbeschluss vom 15.03.2016 „ZEIT FÜR MEHR: DAMIT ARBEIT GUT INS LEBEN PASST“ #allesuntereinander

<sup>5</sup> siehe auch Fraktionsbeschluss vom 8.11.2016: Leitlinien für ein neues Einwanderungsgesetz

lang gesund und produktiv bleiben zu können. Dies ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zum inklusiven Arbeitsmarkt, von dem auch Menschen mit Behinderungen profitieren.

Die Halbwertszeit von Wissen nimmt ab. Es wird daher immer wichtiger, das eigene Wissen stets aufzufrischen und zu erweitern. Bislang ist das aber schwierig: Es entscheiden vor allem Zufall, Status und Geldbeutel darüber, ob jemand die Chance bekommt, sich weiterzubilden. Im Ergebnis bleibt die Hälfte der Menschen außen vor. Dazu trägt auch die Arbeitsmarktpolitik bei: Zugang zur Arbeitsförderung und Qualifizierungsangeboten hat nur, wer bereits arbeitslos ist. Zukunftstauglich wäre eine vorbeugende Qualifizierung, die helfen kann, gar nicht erst arbeitslos zu werden.

### **Ziel der grünen Bundestagsfraktion ist es:**

- » Bildungschancen zu verbessern und lebenslanges Lernen zu fördern. Damit das gelingt, soll das lebensbegleitende Lernen mit einer Weiterbildungsförderung unterstützt werden. Die **grüne Bildungszeit Plus** will Hürden abbauen. Weiterbildung können sich dann auch diejenigen leisten, die weniger verdienen. Die Bildungszeit Plus unterstützt Erwachsene mit einem Mix aus Darlehen und Zuschuss und wird auf die individuelle Einkommenssituation zugeschnitten. Die Kosten der Weiterbildung werden so finanziert und auch der Lebensunterhalt gesichert bzw. Einkommensverluste gemildert. Wer weniger hat, bekommt mehr. Grundsätzlich sollen alle staatlich zertifizierten Angebote gefördert werden.
- » perspektivisch die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** umzugestalten. Diese unterstützt die Menschen bei Weiterbildung und Qualifizierung, noch bevor sie arbeitslos werden. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist, dafür zu sorgen, dass jedeR EinzelNE arbeiten und seine Kenntnisse einsetzen kann. So wird lebenslanges Lernen vom Lippenbekenntnis zum Leitbild.
- » die **klassische Arbeitsförderung gegen den Fachkräftemangel** zu nutzen. Wir wollen eine Million Langzeitarbeitslose nicht einfach zurücklassen<sup>6</sup> sondern ihnen neue Perspektiven eröffnen. Nicht die rasche und häufig nur kurzfristige, sondern die nachhaltige Vermittlung in Arbeit gehört in den Fokus der Arbeitsförderung. Notwendig sind dafür, neben personell und finanziell gut ausgestatteten Arbeitsagenturen und Jobcentern, vor allem mehr Qualifizierungsangebote. Mit Aus-, Fort- und Weiterbildungen in nachgefragten Berufen können vormals Arbeitslose erfolgreicher am Arbeitsmarkt bestehen.
- » Rahmenbedingungen für mehr **alterns- und altersgerechtere Arbeitsplätze** zu schaffen, die ein gutes Arbeiten bis zur Rente ermöglichen. Der Arbeitsschutz muss verbessert und weiterentwickelt werden, um vor psychischen Belastungen zu schützen und um den individuellen Bedürfnissen von Männern und Frauen gerecht zu werden. Hier brauchen wir eine Anti-Stress-Verordnung als Handwerkszeug für Betriebe, damit sie Stress besser erkennen und vermeiden können.

## **4. FÜR EIN GUTES LEBEN IM ALTER**

Der Übergang in das Leben nach der Arbeit kann ein Anfang für Neues sein. Wir haben das Glück, dass das Alter heute so bunt und vielfältig ist wie noch nie. Leider findet dies nicht immer Ausdruck in den Bildern vom Alter in unseren Köpfen, die oftmals von Defiziten geprägt sind. Die grüne Bundestagsfraktion möchte eine **Strategie des „aktiven Alterns“**<sup>7</sup> entwickeln und umsetzen. Wir wollen älteren Menschen Teilhabe, Partizipation und Selbstbestimmung ermöglichen.

Die heute Älteren sind aktiver und gesünder und verfügen im Durchschnitt über mehr Geld als ältere Menschen in früheren Jahrzehnten. Dennoch blicken viele angesichts des sinkenden Rentenniveaus

---

<sup>6</sup> siehe auch: Drucksache 18/3918 „Arbeitsförderung neu ausrichten – Nachhaltige Integration und Teilhabe statt Ausgrenzung“

<sup>7</sup> siehe auch Drucksache 18/9797: „Partizipation und Selbstbestimmung älterer Menschen stärken“

mit Sorgen in die Zukunft. Das heutige, gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte, Rentenniveau sollte nicht weiter fallen. Dabei müssen Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, sodass auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann. Es gibt eine wachsende Gruppe älterer Menschen, die auf Unterstützung angewiesen oder von Ausgrenzung bedroht ist: Menschen mit Behinderungen, Einkommensschwache, Hochbetagte, Ältere mit Zuwanderungsgeschichte, Mobilitätseingeschränkte und/oder Pflegebedürftige. Der Staat muss sicherstellen, dass diese wachsende und sehr heterogene Gruppe selbstbestimmt und aktiv leben kann und gesellschaftlich und politisch mitentscheidet. Alle sollen die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzubringen. Voraussetzung dafür ist eine solide finanzielle Absicherung. So sind Frauen aufgrund einer gewaltigen Rentenlücke von durchschnittlich 59 % wesentlich häufiger von Altersarmut betroffen sind als Männer. Viele fürchten sich vor Armut im Alter. Wir möchten eine auskömmliche Alterssicherung auch für Menschen, die wenig verdient haben oder mal arbeitslos waren. Dazu wollen wir eine Garantierente einführen, die für langjährig Versicherte ein Mindestniveau in der Rente garantiert

Wer in Deutschland medizinische Hilfe braucht, kann auf ein Netz von Angeboten zugreifen. Doch wie sich heute an vielen Orten zeigt, trägt das Netz der Gesundheitsversorgung nicht mehr überall gleich gut. Während manche Regionen eine übermäßig hohe Arztdichte aufweisen, brechen in vielen ländlichen Regionen oder auch in sozial benachteiligten Bezirken die Versorgungsangebote weg. Doch gerade dort ist der Bedarf häufig besonders hoch – sei es bei älteren Menschen in ländlichen Räumen oder Kindern im sozialen Brennpunktviertel. Die demografische Entwicklung stellt das Gesundheitswesen zusätzlich vor neue Herausforderungen. Denn immer mehr ältere Menschen leiden gleichzeitig unter mehreren chronischen Erkrankungen, die eine abgestimmte medizinische und pflegerische Versorgung erfordern. Egal ob in der Uckermark oder in München – die Menschen müssen überall gut versorgt sein.

Auf die Zukunft der Pflege wird die demografische Entwicklung besonders starken Einfluss haben. Sie werden händeringend gesucht, die Pflegekräfte, die heute und in Zukunft immer mehr pflegebedürftige Menschen versorgen. Dass der Fachkräftemangel im Pflegebereich gleich doppelt zuschlägt, hängt zum einen an den geburtenstarken Jahrgängen, die langsam pflegebedürftig werden. Und es liegt daran, dass die Pflegekräfte selbst altern und der Nachwuchs aus den geburtenschwächeren Jahrgängen ausbleibt. Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen: Wir müssen heute die richtigen Entscheidungen für eine gute Zukunft der Pflege treffen.

In ländlichen Regionen ist die Alterung der Gesellschaft besonders stark zu spüren. Denn es sind vor allem die Jüngeren, die nach der Schule ihr Dorf oder ihre Kleinstadt verlassen und für das Studium oder die Arbeit in die größere Stadt ziehen. Zurück bleiben häufig ältere Menschen und Hochbetagte, für die gerade in sich ausdünnenden Regionen kaum altersgerechte Infrastruktur vorhanden ist. Dabei sind gerade ältere Menschen oft sehr stark mit ihrem Wohnort verwurzelt. Fast ein Drittel lebt schon seit über 40 Jahren am selben Ort. Die allermeisten wünschen sich, autonom in der eigenen Wohnung oder im altbekannten Viertel bleiben zu können. Fehlende Wohnungen, Arztpraxen, Lebensmittelmärkte, Dienstleistungen, usw. führen jedoch dazu, dass alte Menschen oder Menschen mit Behinderungen ihre gewohnte Nachbarschaft verlassen müssen. Wir brauchen einen inklusiven Sozialraum, der es allen Menschen ermöglicht, an Freizeit- und Kulturangeboten, an Einkaufsmöglichkeiten, am Verkehr, am Wohnen oder auch an der Politik teilzunehmen und teilzuhaben.

Denjenigen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, stehen wir zur Seite. Unser Konzept „Gut leben im Alter“ verschränkt die vier Lebensbereiche, die gemeinsam hohe Lebensqualität im Alter ermöglichen<sup>8</sup>. Menschen brauchen im Alter ein sicheres Auskommen, sie brauchen eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege, sie müssen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben können und von einer neuen nachhaltigen Mobilität profitieren.

### **Ziel der grünen Bundestagsfraktion ist es:**

- » das **Drei-Säulen-System der Altersvorsorge zu stärken**: Wir setzen auf einen abgestimmten Dreiklang – aus einer starken Rentenversicherung mit stabilisiertem Rentenniveau, einer flächendeckenden betrieblichen Altersversorgung und einer dritten Säule, die eine faire und transparente private Altersvorsorge ermöglicht. So verbessern wir die Vorsorge für das Alter und ermöglichen bereits während des Arbeitens, ausreichende Rentenansprüche aufzubauen. Für langjährig Versicherte wollen wir eine Garantierente einführen, die ein Mindestniveau in der Rente gewährleistet. Damit die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft tragfähig finanziert ist, wollen wir sie zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. **Mittelfristig sollen alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch Selbständige, Abgeordnete sowie Beamtinnen und Beamte, in die Rentenversicherung einzahlen.**
- » wirkliche **Flexibilität beim Übergang in den Ruhestand** zu schaffen. Nur wenn wir den Menschen individuelle Optionen eröffnen, sich nach und nach aus dem Berufsleben zurückzuziehen, werden mehr Menschen tatsächlich bis 67 Jahre – oder gar darüber hinaus – arbeiten können.
- » eine gute bedarfsgerechte **Gesundheitsversorgung** – egal ob in der Stadt oder in dünn besiedelten Regionen. Dafür wollen wir Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Gesundheitsberufen erleichtern und bei der Organisation der Gesundheitsversorgung Angebote niedergelassener Ärztinnen und Ärzte, der Krankenhäuser sowie von Pflege- und Rehaeinrichtungen aufeinander abstimmen. Besonders in der sogenannten Primärversorgung (niedergelassene Haus-, Kinder- und FrauenärztInnen) müssen die spezifischen Versorgungsbedürfnisse einer Region stärker berücksichtigt werden. Die kommunale Ebene soll hierbei stärkere Mitspracherechte bekommen und enger in die Organisation von Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung eingebunden werden.
- » Kommunen in die Lage zu versetzen, ein Gemeinwesen für Alle – also **inklusiv** – zu entwickeln. Hierfür wollen wir Anlaufstellen schaffen, die die Angebote für die unterschiedlichen Felder sozialer Hilfen zusammenführen. Diese sollen sich an den Lebenswelten der Menschen orientieren. **Menschen mit Behinderungen** sind kommunal häufig gut in der Selbsthilfe organisiert und werden durch Beiräte und Beauftragte in den kommunalen Strukturen vertreten. Daran anknüpfend können Planungs- und Entwicklungsprozesse hin zum inklusiven Gemeinwesen partizipativ gestaltet werden.
- » die **Zukunft der Pflege** zu sichern. Dafür ist ein Aktionsbündnis aus Politik in Bund, Land und Kommunen, Pflegekräften, Trägern und ArbeitgeberInnen ein wichtiger Schritt. Pflegebedürftige und pflegende Angehörige wollen wir beteiligen und zum Mittelpunkt unserer Entscheidungen machen. Gute Pflege gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen. Hierfür ist es wichtig, die Selbstverwaltung der Pflegekräfte zu stärken, damit sie selbstbewusst für die eigenen Belange eintreten können. Arbeitgeber sollten – auch im eigenen Interesse, um gutes Personal zu bekommen und zu halten – eine faire Bezahlung gewährleisten. In der ambulanten Pflege sollte genauso wie in stationären Pflegeeinrichtungen tarifliche Bezahlung von den Kassen nicht mehr als unwirtschaftlich abgelehnt werden dürfen. Der Pflegeberuf muss durch mehr Selbstverantwortung aufgewertet werden. Auszubildende sollen nicht mehr auf den Stellenschlüssel angerechnet werden dürfen. Es soll verbindlich festgelegt werden, wieviel Personal notwendig ist und mit

---

<sup>8</sup> siehe auch: Fraktionsbeschluss vom 5.07.2016: „Gut Leben im Alter – Jetzt und in Zukunft“



welchen Instrumenten die Personalquote bemessen wird. Wir wollen einen Personalmix, der qualifizierte Gesundheitsberufe in die Betreuung und Versorgung der zu Pflegenden einbezieht. Der Anteil weiblicher Führungspositionen in Verbänden oder Kammern soll wachsen, denn obwohl der Pflegeberuf zu 85 Prozent weiblich ist, sind Frauen in der Selbstverwaltung stark unterrepräsentiert.

- » auch älteren Menschen und Menschen mit Behinderung **selbstbestimmte Mobilität** zu ermöglichen. Dafür muss Infrastruktur barrierefrei und altengerecht (um)gebaut werden. Das reicht von Gehwegabsenkungen an Kreuzungen über akustische und optische Hilfen bis zu taktilen Leitsystemen. Ziel ist ein Verkehrssystem nach dem Drei-Sinne-Prinzip: Sehen – Hören – Fühlen. Wir wollen flächendeckend komfortable, sichere Geh- und Radwege etablieren. Radwege müssen so angelegt sein, dass darauf auch alte Menschen, Menschen mit Behinderungen, Kinder und E-Bike-NutzerInnen sicher fahren können. Öffentliche Verkehrsmittel müssen bezahlbar sein, brauchen barrierefreie Zugänge und müssen für Menschen mit besonderen Platzbedürfnissen ausgeweitet werden. Insbesondere in ländlichen Räumen muss der ÖPNV ausgebaut werden. In der Digitalisierung des Verkehrs und der zunehmenden Nutzung von E-Fahrrädern liegt viel Potenzial für besser zugängliche und bedarfsgerechte Mobilität. Das gilt auch für einfach zu bedienende und leicht verständliche Navigationsmöglichkeiten (Apps) mit speziellen Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen.
- » Anreize zu schaffen, Wohnungen und Quartiere altersgerecht umzubauen und zu planen. Der Bedarf ist riesig. Daher muss das KfW-Angebot „Altersgerecht Umbauen“ durch mehr Zuschüsse und einer Informationskampagne deutlich ausgebaut und vereinfacht werden. Mit einem „Bewegungsfreiheitsbonus“ wollen wir in die Zukunft investieren und den barrierefreien Umbau von Wohnungen und dem Wohnumfeld fördern. Damit erhalten EigentümerInnen und die Wohnungswirtschaft Anreize, sich stärker für altersgerechte Umbaumaßnahmen zu engagieren.

## 5. ENGAGIERT MITEINANDER: HEUTE GEMEINSAM FÜR EIN GUTES MORGEN!

Unsere Welt von morgen und übermorgen soll die Chancen zur individuellen Entfaltung, zum Aufstieg in und zur Teilhabe an der Gesellschaft gerecht verteilen und allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Wir wollen eine Welt, in der sich die Menschen umeinander kümmern, in der Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen gelebt wird.

Dafür sind Orte der Begegnung und des **generationenübergreifenden Engagements** wichtig. Die Zivilgesellschaft macht an vielen Stellen bereits vor, wie es geht. Stellen wir uns unsere Gesellschaft einen Moment lang ohne Engagement vor: ohne freiwillige Feuerwehr, ohne RentnerInnen die als LesepatInnen im Schulunterricht unterstützen, ohne Nachbarschaftshilfe oder Flüchtlingsinitiativen, ohne Sportvereine oder Chöre, ohne UmweltschützerInnen oder Jugendfreizeiten. Nicht auszudenken, was uns fehlen würde! Möglich wird dieses vielfältige und bunte Angebot durch die Initiative und Tatkraft unzähliger Menschen im ganzen Land.

Die grüne Bundestagsfraktion möchte engagierte Menschen unterstützen und Engagement erleichtern. Wir wollen im Bundeshaushalt mehr Geld bereitstellen für die Begleitung und Weiterbildung von Engagierten. Um Engagierte zeitlich zu entlasten, sollten Weiterbildungen, die für freiwilliges Engagement benötigt werden, als Bildungsurlaub anerkannt werden können. Engagement verdient Anerkennung. Formen der Würdigung, Wertschätzung und Erleichterung des Engagements wollen wir ausbauen. Dazu gehören die Übernahme von Haftpflicht- und Unfallversicherung, Qualifizierung und Weiterbildungsmöglichkeiten, Nachweise für Lebensläufe, aber auch Auszeichnungen wie Ehrenamtsnadeln und die JugendleiterIn-Card. Der Weg ins Engagement soll allen offen stehen. Engagement kann man von klein an und bis ins hohe Alter leben – ob reich oder arm, woher man auch kommt. Eine selbstbewusste Zivilgesellschaft macht unsere Demokratie stark.

Die grüne Bundestagsfraktion ist davon überzeugt: Generationengerechtigkeit geht nur engagiert und gemeinsam.